

Presseinformation

10. März 2005

Soziale Dienste verbessern und mobile Pflege sichern

Ergänzungsausbildung für 1.500 HeimhelferInnen

Bei einem Koordinierungstreffen zwischen den Rechtsträgerorganisationen der Sozialen Dienste (NÖ Hilfswerk, NÖ Volkshilfe, Caritas der Erzdiözese Wien und der Diözese St. Pölten, Landesverband des Roten Kreuzes) und den Landesrätinnen Dr. Petra Bohuslav und Christa Kranzl wurden kürzlich Änderungen betreffend Berufsbezeichnungen und Ausbildungsniveaus für in den Sozialbetreuungsberufen tätige Personen thematisiert. Ebenso besprochen wurde die Sicherung der „Mobilen Dienste“ in Niederösterreich für das Jahr 2005.

Bislang gab es bei den Sozialbetreuungsberufen von Bundesland zu Bundesland unterschiedliche Berufsbezeichnungen und Ausbildungsniveaus. Künftig wird es mit den Bezeichnungen „HeimhelferIn“, „FachsozialbetreuerIn“ und „Diplom-SozialbetreuerIn“ österreichweit einheitliche Berufsbezeichnungen sowie drei einheitliche Qualifizierungsniveaus geben. In diesem Zusammenhang müssen die rund 1.500 in Niederösterreich tätigen „HeimhelferInnen“ in den kommenden vier Jahren eine Ergänzungsausbildung absolvieren. Die Kosten für diese Ausbildung, die sich auf rund 2,5 Millionen Euro belaufen, übernehmen das Land Niederösterreich und das Arbeitsmarktservice NÖ. Mit diesen Änderungen sollen nicht nur einheitliche Berufsbilder und -anforderungen geschaffen werden, sondern auch Unterschiede hinsichtlich der Anerkennung von Ausbildungen aus dem Weg geräumt werden.

Damit soll es eine spürbare Qualitätsverbesserung sowohl für pflegebedürftige Patienten als auch für die MitarbeiterInnen geben, die in der Pflege und Behindertenhilfe wertvolle und gute Arbeit leisten“, meinte Bohuslav.

Hinsichtlich der Sicherung der „Mobilen Pflege“, die vom Land, dem NÖ Gesundheits- und Sozialfonds (NÖGUS) und den Krankenkassen finanziert wird, wurde festgehalten, dass vom Land Niederösterreich 2005 insgesamt 47 Millionen Euro für soziale und sozialmedizinische Betreuungsdienste bereitgestellt werden. Dies entspreche einer Steigerung von 5,6 Prozent gegenüber dem Vorjahr.

„Das Land hat die Budgetmittel in den letzten Jahren ständig angehoben, parallel dazu sanken jedoch die Krankenkassenbeiträge. Neue Verhandlungen mit den



Presseinformation

Sozialversicherungsträgern stehen demnächst an, und wir sind zuversichtlich, dass mit unserer Unterstützung ein für die Organisationen und das Land zufriedenstellendes Ergebnis erzielt werden kann“, meinte Kranzl.

Nähere Informationen: Amt der NÖ Landesregierung, Dr. Elisabeth Gröss, Telefon 02742/9005-16345.